

Die Droge Energie

Russland will Europa abhängig machen von seinem Gas und Öl, warnt **Claudia Kemfert**.

Europa befindet sich derzeit in einer Zerreißprobe. Eine Thematik tritt währenddessen fahrlässigerweise in den Hintergrund: die Energie-Union. Es geht um das wichtigste Thema einer Volkswirtschaft überhaupt: die Energiesicherheit. Sie ist stärker in Gefahr, als die meisten wahrhaben wollen.

Europa importiert noch immer knapp 90 Prozent seines Öl- und über 60 Prozent seines Gasbedarfs aus dem Ausland. Das ist für sich genommen schon bedenklich. Doch noch schlimmer ist die überwiegende Ausrichtung auf einen einzigen Lieferanten: Russland. Manche EU-Länder beziehen ihren kompletten Energie-, aber vor allem Gasbedarf aus Russland - mit drastischen Konsequenzen:

Seit der Ukraine-Krise setzt Russland die Gaslieferungen nach Europa unverhohlen als politisches Druckmittel ein. Bislang fehlt es in Europa an einer offiziellen strategischen Gasreserve, welche im Ernstfall die Gasversorgung aufrechterhalten könnte. Einen Vorgeschmack darauf bekamen wir 2009, als mitten im Winter Russland den Gashahn zudrehte und viele Wohnungen in Südosteuropa kalt blieben.

Sollte Russland die Gaslieferungen über einen längeren Zeitraum einstellen, könnte Westeuropa zwar kurzfristig auf andere Quellen zurückgreifen - es gibt theoretisch ausreichend Gas, vor allem Flüssiggas, auf den internationalen Märkten. Doch im Falle des Falles könnte die Europäische Union schnell an ihre Grenzen stoßen: Es fehlt an effizienter Infrastruktur, um ohne russische Importe die Länder in Südosteuropa mit Gas zu versorgen.

Die meisten Gaslieferverträge mit Russland schließen solche Lieferungen sogar aus - wogegen sich Europa zu Recht sträubt. Deswegen sollten die Alarmglocken klingeln, wenn russische Spitzenpolitiker vom „kalten Krieg“ reden. Die Ener-



Dominik Butzmann für Handelsblatt (M)

gieversorgung ist in Gefahr! Brüssel wirbt intensiv für Maßnahmen der Energie-Union, will in erster Linie das europäische Pipelinesystem verbessern, die Gasvorräte erhöhen und zudem mehr auf Flüssiggas setzen. Außerdem soll die heimische Energieversorgung gestärkt und Energieimporte sollen gesenkt werden. Ziel ist es, alle Mitgliedsländer sicher mit ausreichend Energie versorgen zu können - auch im akuten Krisenfall.

Russlands Freunde verweisen gern darauf, dass die Abhängigkeit eine gegenseitige ist: Russland sei selbst in hohem Maße auf die Energieexporte angewiesen, Europa sei der wichtigste Absatzmarkt. Das stimmt. Entsprechend macht der Preisverfall von Öl und Gas dem Land derzeit zu schaffen. Deswegen hat Russland auch größtes Interesse daran, Europas Abhängigkeit zu vergrößern. Mit neuen Pipeline-routen will man Europa stärker und über

weitere Jahrzehnte an sich binden: Die Ost-seepipeline North Stream gehört dazu. Außerdem wird eine Route nach Südosteuropa gesucht. Doch bei aller Zuversicht: Europa kann das nicht wollen. Wer Energiesicherheit für Europa will, muss die Gasbezüge diversifizieren.

Deswegen ist auch North Stream II, die Erweiterung der bereits existierenden Ost-seepipeline, sehr gewissenhaft zu hinterfragen. Bestehende Pipelines und vor allem die Flüssiggas-Terminals sind nicht voll ausgelastet. Statt einer weiteren russischen Pipeline wäre ein eigener LNG-Terminal in Deutschland sinnvoller. Oder besser noch: die Versorgung mit eigenem Gas.

Allerdings nicht mittels Fracking - die Potenziale sind in Deutschland viel zu gering -, sondern mit der Herstellung von Gas aus Erneuerbaren-Energien-Strom (Power to Gas). Die beste Vorsorge zur Energiesicherheit sind nach wie vor die Stärkung der heimischen, klimaschonenden Energieversorgung und konsequentes Energiesparen.

Für neue Pipelines nach Russland fehlt es nicht nur an energiewirtschaftlichen Begründungen. Es droht auch eine politische Isolation, wenn Deutschland solche Pipelines befürwortet. Viele EU-Staaten reagieren brüskiert, vor allem aber die EU. Zudem unterwandert Deutschland die eigene Glaubwürdigkeit. Denn nicht nur die Kredite deutscher Banken oder die Versorgung von Flüchtlingen sind zentrale Fragen europäischer Solidarität, sondern auch die langfristige Energiesicherheit.

Wie wichtig Länder wie Polen, Ungarn oder Bulgarien für Deutschland sind, zeigt sich immer wieder. Wir sollten sie nicht im Kalten sitzen lassen.

Die Autorin ist Professorin für Energieökonomie. Sie leitet die Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung: gastautor@handelsblatt.com